

Beschlüsse

Bezirksparteitag

18. Juni 2016, Frankfurt

SPD Bezirk Hessen-Süd

Herausgeber: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Textverarbeitung: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Druck: SPD-Hausdruckerei

Frankfurt am Main, Juni 2016

INHALTSVERZEICHNIS

Antragsgruppe A		
Organisation – Parteien – Verbände	Seite	5
Antragsgruppe B		
Wirtschaft – Finanzen	Seite	9
Antragsgruppe C		
Sozialpolitik	Seite	11
Antragsgruppe D		
Bildungspolitik	Seite	20
Antragsgruppe E		
Innenpolitik, Rechtspolitik – Kommunalpolitik	Seite	21
Antragsgruppe F		
Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik	Seite	23
Antragsgruppe G		
Europa	Seite	27
Antragsgruppe H		
Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft	Seite	35
Beschlussübersicht	Seite	37
Wahlergebnisse	Seite	41

Antragsgruppe H – Verkehr – Energie – Umwelt – Landwirtschaft

I H 1

Milchkrise lösen und die Milcherzeugerpreise nach oben bringen: Für einen fairen Umgang mit den heimischen Milcherzeugern

Anstatt im Rahmen immer neuer sog. Milchgipfel offenkundige Scheinlösungen pressewirksam als großen Wurf zu verkaufen, fordern wir Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) und die Bundesregierung dazu auf, die Ursachen der Milch-Krise anzugehen und damit endlich eine dauerhafte Problemlösung zu ermöglichen.

Die beim Milchgipfel vorgestellten Maßnahmen zur weiteren Bezuschussung der Unfallversicherung, der Installierung eines Bürgschaftsprogramms und Möglichkeiten zur Steuerglättung für die Milchbauern sind nicht ausreichend. Die Instrumente sind ungeeignet die Krise auf dem Milchmarkt zu beenden, die zu einer Vernichtung von Einkommen und Existenzen der Milchviehhalter in Deutschland führen.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft muss dafür sorgen, dass die Beschlüsse der Frühjahrskonferenz der Agrarminister aus Göhren-Lebbin umgehend und umfassend auf nationaler und europäischer Ebene umgesetzt werden. Dadurch sollen die Marktbeteiligten die Möglichkeit erhalten, die Milchmenge eigenverantwortlich zu reduzieren. Unterstützt werden soll dies mit staatlichen Bonuszahlungen.

Der Bund wird aufgefordert, die Finanzmittel dafür bereitzustellen bzw. diese auf EU-Ebene einzuwerben. Auch eine entschädigungslose Mengenreduzierung nach Artikel 221 GMO (EU-Verordnung über eine Gemeinsame Marktorganisation) mit staatlichen Sanktionen soll folgen, wenn diese freiwilligen Maßnahmen keine spürbare Marktentlastung bringen.

Es muss gelingen, die Milchmengen auf der Ebene der Europäischen Union zu reduzieren, damit sich der Markt erholen kann und die Erzeugerpreise auf ein angemessenes Niveau ansteigen können. Dazu sehen wir die Notwendigkeit europäischer Lösungen, denn nur diese versprechen die nötige globale Wirkung.

Oberste Priorität muss die Verbesserung der Liquidität der Betriebe haben. Diese ist nur über einen Anstieg des Milchpreises möglich. Genau hier muss angesetzt werden.

Als Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung des europäischen Milchmarktes fordern wir von Bundesminister Christian Schmidt (CSU):

- sich in Brüssel für ein europäisches Anreizprogramm zur zeitlich befristeten, freiwilligen Rückführung der Milchanlieferung einzusetzen.
- sich dafür einzusetzen, dass dies mit einer zeitlich befristeten Deckelung der EU-Milchproduktion verbunden wird. Die rechtliche Grundlage dafür ist in Artikel 221 der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) schon geschaffen. Damit wird die Marktwirksamkeit der zeitlich befristeten, freiwilligen Rückführung gewährleistet bzw. verstärkt.
- umgehend die rechtlichen und vor allem die organisatorischen Schritte für die Umsetzung einer freiwilligen Rückführung der Milchanlieferung zu erarbeiten.